

# Anwaltsbüro Volker Gerloff

\*\*\*

Rechtsanwalt Volker Gerloff | Fachanwalt für Sozialrecht  
Neue Bahnhofstraße 2, 10245 Berlin  
Tel.: 030-303 984-0, Fax: 030-303 984-21,  
www.ra-gerloff.de

Anwaltsbüro V. Gerloff, Neue Bahnhofstraße 2, 10245 Berlin

Firma

ERGO Rechtsschutz Leistungs-GmbH

Thomas-Dehler-Straße 2

81737 München

**bei Antwort und Zahlung  
bitte angeben:**

**035-23/VG/VG**

Berlin, 01. Februar 2025

**Nur per beA**

**Ihr Zeichen: SR075312045-0005**

**Schürmann, Silke**

**wegen Zahnersatzversorgung - Genehmigungsfiktion**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in obiger Angelegenheit zeige ich an, dass ich im Klageverfahren gegen die Mobil Krankenkasse vor dem SG München (S 17 KR 1519/23) das Mandat beendet habe. Es bestand hier kein Vertrauensverhältnis mehr, so dass eine adäquate anwaltliche Vertretung unmöglich wurde.

Im Verfahren wurden Selbstbeschaffungskosten für eine Zahnbehandlung aufgrund einer Genehmigungsfiktion geltend gemacht. Die tatsächlichen Kosten betragen hier 29.582,40 EUR, wobei nach dem Leistungskatalog der GKV nur ein Festbetrag von 9.325,34 EUR als Zuschuss-Leistung vorgesehen ist. Nach gefestigter Rechtsprechung kann durch eine Genehmigungsfiktion grundsätzlich nicht mehr erlangt werden, als nach dem Leistungskatalog zusteht.

Die Krankenkasse bot an, den Festbetrag in voller Höhe zu zahlen und damit die Klage zu erledigen. Die Mandantin wollte dieses Angebot so nicht annehmen, da die Zahnbehandlung fehlerhaft war und nun eine zweite Behandlung nötig wurde und auch dazu Streit mit der Krankenkasse besteht (in diesem Verfahren bin ich nicht involviert). Es wurde daher von mir ein Vergleichsangebot unterbreitet, mit dem auch der Streit zur Zweitbehandlung beigelegt werden könnte. Das lehnte jedoch die Krankenkasse ab. Daher wurde der Mandantin dringend geraten, das Angebot des Festbetrages anzunehmen, da mit einem Urteil des Gerichts nicht mehr erlangt werden könnte. Die Mandantin bestand aber auf einer Vermengung weiterer Streitgegenstände, die aber nicht Gegenstand des fraglichen Klageverfahrens waren und sind. Daher war ich im Dilemma, einerseits die Wünsche der Mandantin zu befolgen, andererseits keine unsinnigen Prozesshandlungen vorzunehmen.

Telefonzeiten:

Mo-Fr 9-18 Uhr

Termin nach Vereinbarung

Bankverbindung:

Postbank Dortmund

IBAN: DE86 4401 0046 0209 2264 60

USt-ID: DE301780634

St-Nr.: 31/305/01675

Schließlich hat sich die Mandantin direkt an das Gericht gewandt (Anlage). Danach wurde das Mandant von mir gekündigt.

Anliegend übersende ich meine Abrechnung. Angesichts des Verfahrensstandes dürfte die Klage erfolgreich enden, wenn die (Ex)Mandantin nicht noch Anträge stellt, die das Gericht nur ablehnen kann...

Mit freundlichen Grüßen

Volker Gerloff  
Rechtsanwalt